

Integration IN HESSEN



Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Mal in seiner Geschichte hat das Land Hessen eine zentrale Einbürgerungsfeier veranstaltet! Eingeladen waren Bürgerinnen und Bürger, die in den ersten Wochen dieses Jahres die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Außerdem wurden insgesamt neun Menschen beim Festakt eingebürgert. Was uns

hier besonders berührt: die ausgelassene Freude und der Stolz über die Würdigung, diesen Schritt in einer landesweiten Feier tun zu dürfen.

Die Einbürgerung, die an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, ist aus Sicht des Landes quasi der Schlussstein gelungener Integration. Sie ermöglicht die vollständige politische Teilhabe und öffnet damit die Tür zu noch mehr aktiver Gestaltung unseres Gemeinwesens. Dieses Mitgestalten - davon wünschen wir uns mehr!

Ihr

Stefan Grüttner Hessischer Minister für Soziales und Integration

Hessischer Asylkonvent - Integration auf den Arbeitsmarkt

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt war Schwerpunktthema der sechsten Sitzung des hessischen Asylkonvents. Aktuelle Prognosen der Bundesagentur für Arbeit gehen von potenziell rund 43.000 Menschen aus, die als anerkannte Asylbewerber in Hessen kurz- bis mittelfristig für eine Erwerbstätigkeit in Betracht kommen.



V.l.n.r.: Staatssekretär Jo Dreiseitel, Rahma Husain und Ministerpräsident Volker Bouffier (© Staatskanzlei)

Dass die Flüchtlinge zunehmend den hessischen Arbeitsmarkt erreichen und die meisten von ihnen weiter qualifiziert werden müssen, belegen die Zahlen, die Dr. Frank Martin, Leiter der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, im Konvent präsentierte. Die Mehrheit von ihnen ist jünger als 35

Jahre und hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das deutliche Plus von 6,6 Prozent bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Asylsuchenden zum 30. Juni 2016 im Vergleich zum Vorquartal zeigt, dass Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich wirken. Dennoch „signalisieren die vorhandenen Qualifikationen, beruflichen Kenntnisse sowie vorhandene Abschlüsse, dass weiterhin intensiv in die schulische und berufliche Bildung dieser Menschen investiert werden muss“, führte Dr. Martin in seinem Vortrag aus.

Ein Vorbild gelungener Integrationsarbeit, die von den Fachgruppen Ehrenamt, Integration und Gesundheit vorgestellt wurden, ist die 30-jährige Syrerin Rahma Husain. Sie absolviert in einer Frankfurter Apotheke einen sechsmonatigen Lehrgang, um in Deutschland als Pharmazeutisch-Technische Angestellte anerkannt zu werden.

Ein weiteres Vorzeige-Projekt, das Caritaszentrum in Rodgau, leistet Hilfe zur Selbsthilfe in allen sozialen Bereichen. Es verfolgt dabei das Konzept der Sozialraumorientierung. Das bedeutet, dass die Menschen eines Stadtteils oder Dorfes – also in ihrem Sozialraum – gemeinsam nach Lösungen für Probleme suchen. Das Angebot ist für alle Bürgerinnen und Bürger offen, nicht nur für Flüchtlinge.

„Wir fördern das Miteinander der Menschen und damit auch die Integration“, betonte der Vorsitzende der Fachgruppe Integration, Staatssekretär Jo Dreiseitel. „Über den Kontakt wecken wir Verständnis für die jeweilige Situation des Anderen und stoßen die Unterstützung durch das Umfeld an.“

12. Integrationsministerkonferenz

zwei hessische Anträge angenommen

Am 16. und 17. März 2017 fand die 12. Integrationsministerkonferenz (IntMK) unter dem Vorsitz Baden-Württembergs in Friedrichshafen statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Integration schafft Zusammenhalt“. Der Bevollmächtigte des Landes Hessen für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, nahm an der Konferenz teil.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 12. Integrationsministerkonferenz in Friedrichshafen (© anja koehler | andereart.de)

Diskutiert wurde vor allem über die Themen Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, Sprachförderung, Pflegeberatung für Menschen mit Migrationshintergrund und die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten. „Die Teilnehmer der Konferenz waren davon überzeugt, dass auch die noch anstehenden Aufgaben zur Integration der Flüchtlinge mit vereinter Kraft bewältigt werden können“, fasst der Staatssekretär die Diskussionen zusammen.

Hessen brachte bei der IntMK zwei Anträge ein, die einstimmig angenommen wurden. Der erste hessische Antrag zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen für die Kursträger bei den Integrationskursen des Bundes zu verbessern und Qualifizierungsangebote für angehende Integrationskurslehrkräfte bedarfsgerecht auszubauen. Der zweite Antrag fordert den Bund auf, bei seinen Angeboten zur Erstorientierung für Asylbewerber die Fahrtkosten der Kursteilnehmer und die Kosten einer kursbegleitenden Kinderbetreuung zu übernehmen. „Eine Erstattung dieser Kosten ist bei den Erstorientierungskursen, die in den Kommunen und insbesondere im ländlichen Raum angeboten werden, zurzeit nicht vorgesehen. Wir sehen in der Kostenübernahme durch den Bund aber einen wichtigen Baustein, um die Zielgruppe noch besser zu erreichen“, so Dreiseitel.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um die Verfassungsreform in der Türkei verabschiedete die Konferenz schließlich einstimmig eine Resolution, die sich mit Nachdruck gegen alle Bestrebungen wendet, die das friedliche Zusammenleben der in Deutschland lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Frage stellen. Außerdem appellierten die Vertreter aller 16 Bundesländer deutlich an alle Beteiligten, jedwede Auseinandersetzung zu diesem Thema fair zu führen. „Auch in einer angespannten Situation dürfen beleidigende Rhetorik und undemokratische Argumentationsmuster keine Mittel der politischen Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft sein“, so Dreiseitel.

INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE

der Kommunen im Gespräch mit Staatssekretär Dreiseitel

„Integration steht nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern vor allem auch im Wirkungskreis der Kommunen ganz oben auf der Agenda. Das Thema „Integration“ ist eine Aufgabe, die einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und die Umsetzung mit einer langfristigen Perspektive erfordert“, so begrüßte Staatssekretär Jo Dreiseitel die kommunalen Integrationsbeauftragten im überfüllten Konferenzsaal des Sozial- und Integrationsministeriums.

Zu Beginn stellte sich die neue Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Susanne Stedtfeld, den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern vor: „Bei Fragen rund

um das Thema Antidiskriminierung sind wir für Sie da.“ Die Antidiskriminierungsstelle besteht seit 2015 und bietet u. a. eine kostenlose Ersteinschätzung zu potenziellen Diskriminierungsfällen an. Sie ermutigte die Integrationsbeauftragten, vor Ort auch Antidiskriminierungsarbeit auf die Agenda zu setzen und sie gemeinsam in die Fläche zu tragen.

Im Mittelpunkt standen anschließend ein ausführlicher Bericht des Staatssekretärs über die aktuelle Entwicklung der hessischen Integrationspolitik und die Berichte der kommunalen Integrationsbeauftragten aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Hier wurde deutlich, wie vielfältig sich die kommunale Integrati-

onspolitik gestaltet und mit welchem hohen Engagement sich die Verwaltungsvertreter und auch die Bürgerinnen und Bürger einbringen.

Jo Dreiseitel unterstrich, dass dieses gemeinsame Arbeiten notwendig sei, um unsere Gesellschaft weiterzuentwickeln. „Wir wollen dazu kommen, dass die Gesellschaft jedem signalisiert: Du gehörst hierher, Du gehörst zu uns!“

Im zweiten Halbjahr 2017 soll das Treffen mit einem Schwerpunktthema fortgesetzt werden.

INTEGRATIONSBEIRAT

intensive Beratungen

Der Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung hat im März intensiv über die Themen „bekenntnisorientierte islamische Religionsunterrichte“ und „Das Hessische Handwerk schafft Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Geflüchtete“ diskutiert.

Einleitend informierte Jörg Meyer-Scholten, Leiter der Zentralabteilung des Kultusministeriums, über den derzeitigen Sachstand zu den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichten (IRU). In diesem Schuljahr wird IRU an 56 Grundschulen erteilt. Derzeit nehmen ca. 3.000 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen eins bis vier daran teil. In Hessen sind es zwei rechtlich und schulorganisatorisch sowie schulfachlich getrennte Religionsunterrichte, die in Kooperation mit dem hessischen DITIB-Landesverband bzw. mit Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland stattfinden.

Im Fokus der Diskussion stand die Rolle von DITIB Hessen als Kooperationspartner eines dieser Unterrichte. Angesichts der Entwicklungen in der Türkei und den Verbindungen über den DITIB-Bundesverband zur türkischen Religionsbehörde Diyanet wurde die Frage aufgeworfen, ob DITIB Hessen

weiterhin hinreichend unabhängig vom türkischen Staat ist.

„Aufgrund dieser berechtigten Frage hat der Kultusminister entschieden, eine ergänzende Begutachtung durchzuführen, um eine unzulässige Einflussnahme auf den Unterricht und die Lehrkräfte auszuschließen“, erläuterte Jo Dreiseitel, Staatssekretär und Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung. Jörg Meyer-Scholten betonte, dass die Begutachtung ausdrücklich ergebnisoffen sei. Der Ahmadiyya-Unterricht sei nicht Gegenstand der laufenden Begutachtung.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Aktivitäten des hessischen Handwerks zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Geflüchtete. Heinrich Gringel, Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, hob hervor, dass Zuwanderung eine große Chance für das

Handwerk sei. Bei der Integration von Geflüchteten spiele insbesondere für die Bildungszentren des Handwerks das Landesprogramm „Wirtschaft integriert“ mit Maßnahmen zur Berufsorientierung eine ganz besondere Rolle. Damit würden auch in diesem Jahr über 900 Programmplätze für Geflüchtete realisiert. Rund 560 junge Menschen erhielten bereits in 2016 einen Ausbildungsvertrag, für rund 180 junge Menschen konnten bei den Handwerkskammern darüber hinaus Einstiegsqualifizierungsverträge eingetragen werden. Laut Präsident Gringel hat sich Vieles verbessert, er lobte insbesondere die „3+2-Regel“ im Integrationsgesetz, die es Geflüchteten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, erlaubt, ihre Ausbildung zu beenden und zwei weitere Jahre im erlernten Beruf zu bleiben. Gringel unterstrich abschließend die Haltung des Handwerks zur Integration: „Bei uns im Handwerk kommt es nicht darauf an, wo jemand herkommt, sondern wo er hin will“.

Netzwerktreffen der WIR-Koordinatoren im Kreis Waldeck-Frankenberg

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration füllt die Integrationspartnerschaft mit den WIR-Regionen aktiv mit Leben: Daher werden die WIR-Koordinationskräfte vierteljährlich zu fachlichen Vernetzungstreffen eingeladen. Ende März fand ein Treffen in Korbach im Kreis Waldeck-Frankenberg statt.

In Nordhessen gelegen, konnte so allen angereisten WIR-Koordinatoren verdeutlicht werden, in welcher Spannweite sich Integrationspolitik in Hessen bewegt. Denn die Herausforderungen und Rahmenbedingungen sind in Korbach ganz andere als z.B. in Darmstadt. Dennoch vereint das Landesprogramm alle Initiativen und Ansätze unter den inhaltlichen Schwerpunkten der Interkulturellen Öffnung und der Willkommens- und Anerkennungskultur. Dabei richtet sich die passgenaue Ausgestaltung dieser Themen an den Ausgangsvoraussetzungen der jeweiligen Region aus.

In Korbach wurde die Kooperation des Kreises mit der Kreis-handwerkerschaft vorgestellt. Friedrich Schüttler, der zuständige Abteilungsleiter, zeigte eindrucksvoll, wie Arbeitsmarktin-

tegration im ländlichen Raum sehr konkret umgesetzt wird. Mit vielen guten Initiativen und dem Engagement aller Beteiligten konnten viele junge Geflüchtete in eine Ausbildung vermittelt werden. Gerade das Handwerk im ländlichen Raum sucht nach jungen Menschen, die diese Berufe ergreifen wollen. Damit entstehen Chancen für Betriebe und für Geflüchtete!

Das zweite Thema, mit dem sich die WIR-Koordinatoren an diesem Tag auseinandersetzten, war nicht minder spannend. Es ging um einen Erfahrungsaustausch in der Kooperation mit muslimischen Vereinen und Verbänden. Hier wurde viel Gesprächsbedarf deutlich, der insbesondere die konkrete Zusammenarbeit mit Moscheevereinen vor Ort betrifft. Als kompetente Referenten waren die Landesmigrationsbeauftragten der hessischen Polizei, Necati Benli und Mimoun Mokhtari, eingeladen, die ihre Arbeit und auch ihre Kooperationen mit islamischen Vereinen darstellten. Die rege Diskussion und die vielen aus dem Teilnehmerkreis gestellten Fragen zeigten, wie wichtig das Thema für die Arbeit der Beteiligten ist, so dass eine Fortsetzung folgen wird.

ERSTE EINBÜRGERUNGSFEIER

der Hessischen Landesregierung



Staatssekretär Jo Dreiseitel bei der Eröffnungsrede © Marc Holstein

„Neivi Martinez hat mein Interesse für Opern geweckt, außerdem ist sie mitreißend und hat ein tolles Temperament. Ich selbst bin typisch deutsch; die Kultur, die sie mitbringt, finde ich spannend!“. So freute sich die Mitbewohnerin über die Einbürgerung der Opernsängerin mit mexikanischer Herkunft, die bei der ersten zentralen Einbürgerungsfeier des Landes Hessen die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt. Mit ihr wurden acht weitere Frauen und Männer aus unterschiedlichsten Nationen eingebürgert. Der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, hatte zu der landesweiten Feier unter Schirmherrschaft von Mi-

nisterpräsident Volker Bouffier Ende März nach Wiesbaden eingeladen, um das mit der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft verbundene Bekenntnis zu Kultur und Werten unseres Landes angemessen zu würdigen.

Die am 30. März 2017 stattfindende Veranstaltung war die erste Einbürgerungsfeier des Landes Hessen. Über 300 Personen waren der Einladung in den Hessischen Landtag gefolgt. Darunter befanden sich fast 150 Frauen und Männer aus 52 verschiedenen Nationen, die in den ersten Monaten des Jahres 2017 eingebürgert worden sind. Sie waren – zumeist mit einer Begleitperson – aus ganz Hessen nach Wiesbaden angereist.

„Ich freue mich, in so viele neue deutsche Gesichter zu blicken und so viele von Ihnen als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger willkommen zu heißen!“ mit diesen Worten begrüßte Jo Dreiseitel seine Gäste.

In seiner Festrede schlug Dreiseitel auch nachdenkliche Worte an. Die Einbürgerung sei mehr als ein bürokratischer Akt. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Staatsangehörigkeit rühre an der eigenen Identität und sei mit Fragen verbunden wie: „Wo stehe ich?“ oder „Wo gehöre ich hin?“. Die

Einbürgerung sei eine bewusste Entscheidung für Deutschland und ein Vertrauensbeweis. Dafür sprach Dreiseitel den Neubürgerinnen und Neubürgern seinen Dank und seinen Respekt aus. „Zuwanderung hat in Hessen eine lange Tradition“, so Dreiseitel weiter. „Hessen hat von jeher Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen mit ihrem jeweiligen kulturellen Hintergrund erfolgreich integriert. Unerlässliche Basis für eine gelingende Integration ist das Bekenntnis jedes und jeder Einzelnen zu unseren gemeinsamen Werten. Wenn wir alle die Würde des Einzelnen achten und offen und mit Respekt miteinander umgehen, kann unsere Gesellschaft nur profitieren von Vielfalt: von der Vielfalt

der Menschen, der Weltanschauungen und der Potentiale.“

Die Landesregierung wurde vor Ort weiterhin vertreten durch den Staatssekretär des Innern und für Sport, Werner Koch. „Die Einbürgerung ist für jeden neuen Staatsbürger ein Bekenntnis für die persönliche Zukunft und die Verbundenheit zu der neu gefundenen Heimat. Sie stellt dabei keine Abkehr von der ursprünglichen Herkunft, der persönlichen Vergangenheit oder gar der Familiengeschichte dar, sondern ist vielmehr Ausdruck des Wunsches, gesellschaftliche Verantwortung in Deutschland übernehmen zu wollen. Daher begrüße ich eine Entscheidung für die deutsche Staats-



live Einbürgerung von Frau Assefa (Mitte) © Marc Holstein

angehörigkeit sehr. Die heutige Einbürgerungsfeier zeigt, dass sich Hessen auch bei den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern großer Beliebtheit erfreut“, so Staatssekretär Werner Koch.

Höhepunkt der Feier war die „live-Einbürgerung“ von neun der Ehrengäste. Fünf Frauen und vier Männer wurden mit der Abgabe eines feierlichen Bekenntnisses auf das Grundgesetz und der anschließenden Aushändigung der Einbürgerungsurkunde zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Zum Abschluss dieser feierlichen und emotional bewegenden Zeremonie stimmte die Festgemeinde die Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland an.



Live eingebürgerte Ehrengäste mit den Staatssekretären Koch und Dreiseitel © HMSI

Bereits vorher hatten die Musikgruppe *Giocoso* um *Ako Karim* und die Sopranistin *Neivi Martinez* – die auf der Feier selbst eingebürgert wurde – ein buntes musikalisches Programm geboten. Das Publikum war von den hochkarätigen musikalischen Darbietungen begeistert.

Die Einbürgerungsfeier ist Teil der Einbürgerungskampagne der Hessischen Landesregierung, die unter dem Motto „Hessen und ich DAS PASST“ steht. Mit Plakaten, einem Flyer und einer Internetseite (www.einbuerbung.hessen.de)

de) macht die Hessische Landesregierung auf das Thema Einbürgerung aufmerksam. Unterstützt wird sie dabei von den Kommunen und vielen Multiplikatoren wie etwa den Mitgliedern des Integrationsbeirates. Die Kampagne zielt darauf ab, über die Voraussetzungen für eine Einbürgerung zu informieren und Menschen zu ermuntern, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Nur wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat kann gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben

– kann wählen und gewählt werden. Hessen ist die Heimat von rund 930.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Viele von diesen Menschen leben schon lange hier, manche sind sogar hier geboren und die Mehrzahl ist gut integriert. Wer sich einbürgern lassen möchte, muss eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllen, um die erfolgreiche Integration zu belegen. Dies reicht beispielsweise von einem mehrjährigen Aufenthalt in Deutschland, über deutsche Sprachkenntnisse, das eigenständige Bestreiten des Lebensunterhaltes bis hin zum Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.



© Marc Holstein

Als Vorteile der Einbürgerung weist die Kampagne insbesondere auf das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene hin. Für den Alltag besonders bedeutsam sind zudem die freie Wahl des Aufenthalts und Wohnsitzes innerhalb Deutschlands und in allen anderen Ländern der EU, die uneingeschränkte Berufsfreiheit und visafreie Reisemöglichkeiten in viele Länder. Außerdem fallen Behördengänge zu ausländischen Konsulaten und Botschaften wegen Pass- und Visaausstellung weg.

All diejenigen, die die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, empfangen wir mit offenen Armen als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger“, so Jo Dreiseitel. „Denn Deutscher oder Deutsche zu sein bestimmt sich nicht nach Herkunft, Hautfarbe oder Religion.“

HESSISCHES STIFTUNGSNETZWERK INTEGRATION

was steht jetzt an?



Viele Stiftungen haben sich in den letzten Jahren auch im Bereich der Integrationspolitik engagiert, mit der Umsetzung von Projekten verwirklicht und dem Aufbau von Diskussionsforen. Damit waren sie Motor für die Weiterentwicklung der integrationspolitischen Ansätze, da sie neue Ideen mit ihren Mitteln einfach einmal ausprobieren können.

Um einen fruchtbaren Austausch zwischen Stiftungen und Landespolitik zu gewährleisten, gründete das Integrationsministerium das „Stiftungsnetzwerk Integration“. Seit 2015 liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten des Stiftungsnetzwerks auf dem Flüchtlingsbereich; stellvertretend für viele Aktivitäten ist das Projekt „Frankfurt hilft – Engagement für Flüchtlinge“.

In diesem Rahmen fand am 10. Januar 2017 die mittlerweile 12. Sitzung des Netzwerks in Frankfurt statt. Gastgeber war die Crespo Foundation. Gegenstand des Austauschs war die Frage: „Phase 2 der Integration von Flüchtlingen – was steht jetzt an?“ Staatssekretär Jo Dreiseitel informierte über das Engagement der Landesregierung in diesem Bereich und verwies insbesondere auf die umfassenden Fördermöglichkeiten, die durch das Asylpaket II geschaffen wurden. So finanziert das Land jetzt WIR-Fallmanager für Geflüchtete in den

Landkreisen, kreisfreien und Sonderstatusstädten; sie sollen zuständige Stellen miteinander vernetzen und Ansprechpartner für alle Fragen im Zusammenhang mit Flüchtlingen sein. Da geflüchtete Frauen besonders schutzbedürftig sind und Angebote sie noch schwieriger erreichen, besteht hier jetzt eine neue Förderung im Rahmen des WIR-Programms. Migrantinnenorganisationen leisten wertvolle Arbeit bei der Integration von Migrantinnen und Migranten; um sie zu unterstützen, gibt es auch hier eine Förderung.

Das Stiftungsnetzwerk diskutierte im Anschluss weitere Ansätze, um die Integration von Geflüchteten voran zu bringen. Ein besonderer Bedarf wird in den Schulen und speziell beim Übergang Schule-Beruf gesehen; daher soll dieses Thema in der nächsten Sitzung vertieft werden.

Plenarsitzung der agah

Hessische Integrationspolitik ist Vorreiter

Als Gastredner hatte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeiräte Hessen (agah) den Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Integration und Antidiskriminierung, Jo Dreiseitel, zu einer Plenarsitzung nach Oberursel eingeladen. Als Ehrengäste wurden u.a. auch der Bürgermeister der Taunusstadt, Hans-Georg Brum, und der Sozialdezernent Christof Fink begrüßt.

Jo Dreiseitel berichtete über aktuelle Entwicklungen in der Integrations- und Flüchtlingspolitik. Die erheblich gestiegenen finanziellen Mittel, die das Land Hessen mit dem „Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktionsplan II“ für das Integrationsprogramm „WIR“ zur Verfügung stellt, traf auf große Zustimmung. „Integration geht uns alle an. Nur so können wir uns zukunftsfähig entwickeln, ohne dass sich Parallelgesellschaften bilden“, betonte der Bevollmächtigte. Weiter erläuterte er: „Wir haben außerdem neue Programmlinien entwickelt: für die Förderung von WIR-Fallmanagern in Landkreisen, Städten und kreisfreien Städten, für Migrantinnenorganisatio-

nen und für geflüchtete Frauen“. In der sich anschließenden Aussprache boten agah-Vertreter an, ihre Kompetenz bei der Ausgestaltung der Programme und Projekte in den Kommunen mehr einzubringen. Jo Dreiseitel ermutigte sie, in ihrem Engagement nicht nachzulassen, und empfahl ihnen, vor Ort das Gespräch zu suchen.

Ausländerbeiräte und Integration

Zur Unterstützung der kommunalen Integrationspolitik gehört auch die institutionelle Förderung der agah durch das Land. Hessen liegt mit 357.000 Euro pro Jahr im Ländervergleich bei der Förderung von Ausländerbeiräten prozentual und sogar absolut höher als jedes andere Bundesland.

Aus den Reihen der Ausländerbeiräte selbst wird ein Reformbedarf an dem Modell der Ausländerbeiräte formuliert, aber auch von der Landes- und Kommunalpolitik.

Fake News – Fluch der sozialen Netzwerke

Wenn wir wollen, verbinden uns soziale Netzwerke mit dem Rest der Welt. Die Nachrichten in diesen Netzwerken gehen ebenso um die Welt; werden sie noch dazu geteilt, vervielfacht sich ihr Verbreitungsgrad.

Dabei ist es nicht neu, dass Falschnachrichten – neudeutsch: Fake News – in Umlauf gebracht werden, bis hin zu gezielter Desinformation. Die sozialen Netzwerke eröffnen ihrer Verbreitung jedoch bisher nicht gekannte Möglichkeiten. Leider geht es allzu oft um Geflüchtete, über die falsche Nachrichten gestreut werden. Teilweise sind es sogar Computerprogramme, die Fake News posten. Und entweder arglos oder

aber ganz bewusst machen sich Userinnen und User zu Werkzeugen, wenn sie solche Beiträge teilen.

Fake News betreffen auch unsere Demokratie. Eine Spielregel der Demokratie ist der faire Wettbewerb politischer Meinungen. Fake News stören diesen Wettbewerb empfindlich. Gerade in Zeiten, in denen antidemokratisches, nationalistisches, autoritäres und fundamentalistisches Denken an Boden gewinnt, ist die Strategie, mit Fake News für Desinformation zu sorgen, eine Gefahr für uns alle. Erschwerend kommt hinzu: Wenn Lügen wiederholt werden, erzeugen sie die Illusion von Wahrheit. Dazu gibt es aufschlussreiche Studien

der Wissenschaft. Und: Finden wir die Quelle einer Information vertrauenswürdig, passt die Botschaft in unser Weltbild und finden wir sie wichtig – dann glauben wir sie gerne.

Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, die sich diesem Trend entgegenstellt. Es ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, sich das Problem der Fake News bewusst zu machen und aufmerksam zu sein. Es ist die Mühe allemal wert, die Quelle auf ihre Seriosität hin zu prüfen. Vor allem: Glauben wir nicht jedem alles! In den sozialen Netzwerken sind viele Scheinriesen unterwegs, die bei näherem Hinsehen ganz klein werden.



Polizeipräsidium
Mittelhessen

Kluge Worte

Um nicht auf eine der „Fake-News“ hereinzufallen und/oder unangemessen zu kommentieren, appellieren wir an Sie:

- Übernehmen Sie nicht unreflektiert die Inhalte von Nachrichten, Mitteilungen, Posts oder Tweets!
- Achten Sie auf die Seriosität der Quelle!
- Zeigen Sie sich interessiert: hinterfragen Sie die Inhalte und recherchieren Sie gegebenenfalls selbst mal im Netz!
- Wer sich nicht sicher ist, dass eine Meldung korrekt ist, sollte sie nicht weiterverbreiten oder einfach wild darauf los kommentieren!
- Sich der Existenz von Fake-News bewusst zu sein, ist schon die halbe Miete!

Polizeipräsidium Mittelhessen

Quelle: <http://k.polizei.hessen.de/380834641>,
aus dem Artikel „Fake-News & unangemessene Reaktionen in den Sozialen Medien“ vom 24.03.2017

Landesnetzwerk „Serviceorientierung von Ausländerbehörden“

Mit 112.000 € Landesmitteln unterstützt das Hessische Ministerium für Soziales und Integration seit Juni 2015 das Projekt „Stärkung der Handlungsfähigkeit hessischer Ausländerbehörden“. Hinzu kommt eine Kofinanzierung über Mittel der Europäischen Union. Neben der intensiven Arbeit in sieben Standorten (die Städte Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach und Gießen sowie die Landkreise Main-Kinzig, Lahn-Dill und Bergstraße) wurden alle hessischen Ausländerbehörden sowie die Regierungspräsidien zu regelmäßigen Netzwerktreffen eingeladen. Damit kommen die Erfahrungen in den Standorten auch allen anderen Behörden zugute.

Mitte Februar fand nun das letzte Netzwerktreffen statt. Es ging dabei um ein ganz praktisches und für alle Bürgerinnen und Bürger relevantes Thema: die verständliche Sprache von Behörden. Viele Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass der schriftliche Kontakt zu Behörden oftmals kompliziert sein kann. Die Amtssprache zu verstehen, stellt für Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache haben – und das ist bei Nutzerinnen und Nutzern der Aus-

länderbehörde per se so – eine zusätzliche Herausforderung dar.

Bei dem Netzwerktreffen wurden daher mit Unterstützung von Monika Rubel, Mitarbeiterin der Stadt Wiesbaden, ganz konkret an mitgebrachten Formularen, Infomaterialien und Bescheiden, Formulierungsvorschläge erarbeitet. Diese bewegen sich naturgemäß im Spannungsfeld zwischen Verständlichkeit und Rechtssicherheit bewegen.

So entstanden viele gute Ideen, wie man das Anliegen der Behörde an den Mann und die Frau bringen kann. Auch bei diesem Treffen wurde deutlich, dass die Ausländerbehörden das Forum sehr rege für einen Erfahrungsaustausch untereinander nutzen.

Das Projekt endet mit einer Abschlussveranstaltung am 7. Juni 2017 in Frankfurt.

Kurzfilme zur

INTEGRATIONSLOTSENARBEIT *vorgestellt*

Alle sind sich einig. – Die Hessische Integrationspolitik wäre nicht so erfolgreich, wenn es nicht die vielen ehrenamtlichen Integrationslotsen gäbe! Die Förderung der Integrationslotsen ist deshalb ein wesentlicher Schwerpunkt der Integrationspolitik in Hessen. Um das Engagement dieser Menschen hervorzuheben, stellte das Hessische Ministerium für Soziales und Integration drei Kurzfilme über die Integrationslotsenarbeit in Hessen vor.

Im Rahmen des Landesprogramms „WIR“ fördert die Hessische Landesregierung die Qualifizierung und den verantwortungsvollen Einsatz von ehrenamtlich tätigen Integrationslotsinnen und -lotsen in Städten und Kreisen. Ab 2017 wird diese Förderung auch auf die Arbeit mit Geflüchteten ausgeweitet. „So können mit dem Landesprogramm WIR nunmehr alle in den Kommunen und Kreisen lebenden Menschen erreicht werden. Damit können wir vor allem auch den weiteren Herausforderungen rund um die Themen Flucht und Integration

nachhaltig begegnen“, unterstrich Staatssekretär Jo Dreiseitel anlässlich der Präsentation der Kurzfilme.

Der hessische Integrationslotsenansatz ist explizit auf eine partnerschaftliche Kooperation auf „Augenhöhe“ zwischen Integrationslotsen und neu Zugewanderten ausgerichtet. Die Einsatzfelder der Integrationslotsinnen und -lotsen sind sehr unterschiedlich und vielfältig: sie begleiten Zugewanderte zu Arztterminen, zur Ausländerbehörde, zu Elternabenden und ähnlichem oder unterstützen bei Behördengängen oder Antragstellungen.

Die drei Kurzfilme „Eine Integrationslotsin stellt ihre ehrenamtliche Arbeit vor“, „Einsatz und Fortbildung der ehrenamtlichen Integrationslotsen aus kommunaler Sicht“ und „Landespolitik stärkt Integrationslotsenansatz“ stehen als Download auf www.integrationskompass.de zur Verfügung. Auch kann die Kurzfilm-DVD über den Integrationskompass bestellt werden.



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration

Herausgeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Abteilung Integration
Dostojewskistraße 4 · 65187 Wiesbaden
www.integrationskompass.de

V.i.S.d.P.: Esther Walter · Tel. 0611/8173494

Redaktion: Claudia Hackhausen · Tel. 0611/8173358
Banu Rübeling · Tel. 0611/8173424
E-Mail: integration@hsm.hessen.de

Druck: mww.druck und so... GmbH, Mainz-Kastel